

Kooperation statt Vorurteile

Die CDU hat keine Antworten auf die Fragen der Zeit. „Die Republik diskutiert über den Mindestlohn und die Verlängerung des Arbeitslosengeldes für die Älteren, wettet über die Schere bei den Einkommen, zu hohe Gehälter für Manager und deren Steuerhinterziehung. Ein bürgerlicher Diskurs ist das nicht,“ schreibt der Parteienforscher Franz Walter (1). Die Grünen verlieren durch schwarz-grüne Bündnisse wie in Hamburg Glaubwürdigkeit. Die SPD streitet um den Umgang mit der „so genannten Linkspartei“ – ihre Umfragewerte gehen in den Keller. Wir müssen vermeiden mit einer spielbildlichen Auseinandersetzung innerhalb der LINKEN, diese zu chaotisieren.

Der unpolitische und dilettantische Landesrat am 05.04.2008 hat gezeigt, dass DIE LINKE. NRW in keinem guten Zustand ist. Die Kampagnen stecken in den Kinderschuhen. Der Landesvorstand hat erst mit einer Strategiedebatte begonnen. Die frisch gedruckten „Positionen zur Landespolitik“ sollen schon überarbeitet werden. Die Kräfte der LINKEN. NRW müssen gebündelt werden. Gewerkschaftliche sowie Bewegungsorientierung sowie eine progressive inhaltliche Ausrichtung sollten im Vordergrund stehen und nicht (parteiinterne) Machtpolitik.

DIE LINKE. NRW könnte ein linkes Bollwerk für NRW und strömungspolitisch in der Bundespartei sein. Im Interesse der Partei sollten strömungspolitische Auseinandersetzungen zwischen SL und AKL - den beiden großen linken Strömungen - nicht befördert werden. Die Auseinandersetzung um die Parteibildung ist Geschichte. Die weiter getriebene Konfrontation bringt den Landesverband offensichtlich nicht voran. Die strömungspolitische Diskussion über den Kurs der LINKEN. NRW muss konstruktiv geführt werden.

Landesvorstandsmitglied Ingrid Remmers (SL) (2) und Landessprecher Wolfgang Zimmermann (AKL) (3) haben in ihren Diskussionsbeiträgen fast wortgleiche Forderungen aufgestellt: Wir müssen eine Politik machen, die sich darum bemüht, die Kräfteverhältnisse in dieser Gesellschaft zu ändern. Das geht aber nur, wenn eine große Zahl von Menschen aktiv wird. Wir müssen eine Politik machen, die diese Mobilisierung begünstigt. Die Herrschenden müssen durch uns und aus den Betrieben, den Stadtteilen und von der Straße unter Druck geraten. Das ist unsere Politikfähigkeit. Die andern Parteien müssen auf unsere Forderungen zukommen und sie werden es nur tun, je mehr wir Gehör finden in den Gewerkschaften, den Sozialverbänden und den sozialen Bewegungen. Wir müssen die anderen Parteien auffordern mit uns gemeinsam auf die Straße zu gehen, zu demonstrieren und Bürgerbegehren zu unterstützen.

Sogar Landessprecherin Ulrike Detjen (Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie – soziale Befreiung), für die das Parlament nicht nur eine Bühne ist, schreibt: „Das sollte der Ausgangspunkt unserer Überlegungen sein: In welchen Politikfeldern haben wir die Chance, Einfluss auf die öffentliche Meinung zu gewinnen, wo können wir mit Gewerkschaften, Initiativen und anderen zusammenwirken, damit sich gesellschaftliche Mehrheiten nach Links verschieben?“ (4)
Fakt ist, dass über die Linksfraktion im Bundestag Öffentlichkeit für unsere Positionen hergestellt wird. Die meisten Materialien, mit denen wir an der Basis arbeiten können, kommen (für die Basis kostenlos) von der Bundestagsfraktion.

Jürgen Aust (AKL) hat mit seinem Papier „Kapitalismus abwählen?“ (5) eine rhetorische Frage gestellt. Der Entwurf des Leitantrages für den Bundesparteitag in Cottbus gibt die Antwort: „Die wirklichen Machtzentren dieser Welt – große weltumspannende Konzerne und deren Verbände – sind nicht demokratisch legitimiert und sie stellen sich keinen Wahlen.“ (6) Er wirft aber in völlig unfairer Weise Zitate von strömungspolitisch unterschiedlichen GenossInnen in einen Topf und stellt in ihren Diskussionsbeiträgen Parlamentarismusfixiertheit fest. Wenn man diese Schärfe mal unberücksichtigt lässt: Wer möchte sich den Forderungen von Jürgen Aust (mehr direkte Demokratie, Widerstand gegen Privatisierung sowie Bündnispolitik mit den Gewerkschaften, attac, ...) nicht anschließen?

Ich frage: Wer hat behauptet, wir sollen keinen Druck auf die Parlamente ausüben? Sie auch nicht als Bühne benutzen? Oder keinen Anträgen zustimmen wie aktuell in Hessen? Auf der Homepage der LINKEN. Hessen kann man lesen: „Einer der ersten Anträge der Fraktion, welcher die Abschiedung von in Deutschland lebenden Afghanen ins Kriegsgebiet beendet, fand die sofortige Zustimmung der Mehrheit im Hessischen Landtag. Die dramatischen Appelle des Innenministers Bouffier, der gerne weiterhin bei einer restriktiven Abschiebep Praxis in Hessen geblieben wäre, konnte eine humane Mehrheitsentscheidung nicht verhindern. Auch weitere zentrale Themen der LINKEN, nämlich die Abschaffung der Studiengebühren und die Rückkehr Hessens in die Tarifgemeinschaft der Länder werden nach den Ausschussberatungen aller Voraussicht nach eine Mehrheit bekommen.“ (7)

Gesetze und Verordnungen können im Parlament auch im Interesse der „kleinen Leute“ verändert werden – wie das Beispiel Hessen zeigt. Es ist besonnen auf die Gefahren des Parlamentarismus, auf den Druck sich anzupassen und zurückzunehmen, hinzuweisen. Die Aktionsfähigkeit unserer mitgliederschwachen Partei kann durch den Einzug in die (Kommunal-)Parlamente gefährdet werden. Die Partei darf nicht im Parlament verschwinden. Wir brauchen eine aktive Mitgliederpartei, die nah dran ist an den Interessen der „kleinen Leute“ um authentisch links zu sein.

Dass wir im Parlament der Gefahr unterliegen verschlissen zu werden und uns anzupassen ist real. Dem sollte man sich bewusst sein. Ich habe das im Stadtrat von Lippstadt auch bei mir selbst und unserer Fraktion festgestellt. Der Text von Daniel Kreutz (8) über meine Expartei ist ein abschreckendes Beispiel. Ich habe die Entwicklung zum Teil bei den Grünen selber miterlebt. Wenn man sagt, guck nach links und rechts bevor du über die Straße läufst, dann kann das nicht schaden! Nur so wird ein Schuh aus dem Beitrag von Jürgen Aust.

Wenn dies „ultra-links“ (9) ist, dann trifft das politisch auch auf mich zu, solche Begriffe sollen aber diffamieren und wir sollten sie uns in der Diskussion deshalb sparen. Vorurteile und Schubladendenken bringen uns nicht weiter.

Ich denke, es muss Konsens in unserer Partei sein: „Unser Maßstab für politischen Erfolg beschränkt sich nicht auf mediale Aufmerksamkeit, Mandate und Ämter, unser Maßstab sind praktische Veränderungen, tatsächliche Schritte im Interesse der Bürgerinnen und Bürger, auf dem Weg zu einer sozial gerechten Politik!“ (Leitantrag für Cottbus). (6)

Wenn es DIE LINKE schafft, aus einer Regierungsbeteiligung oder Tolerierung, die

keine gesellschaftliche Mobilisierung unterstützt (außer Streik und Proteste dagegen) und keinen Politikwechsel nach links bringt wie z.B. in Berlin, auszusteigen, dann haben wir etwas gelernt.

Zunächst ist der Einzug in den Düsseldorfer Landtag nicht sicher. Ein Politikwechsel ist nicht geschafft. Wir müssen inhaltlich zusammen arbeiten, die Vorurteile zurückstellen, die Partei gemeinsam aufbauen, an den zentralen Kampagnen arbeiten, die KandidatInnen und Mitglieder schulen - einschließlich Warnungen vor den Gefahren des Systems.

(1) „Wozu noch CDU?“ Franz Walter, FAZ 28.02.2008
<http://www.faz.net/s/RubEA30294A29CF46D0B1B242376754BC09/Doc~E019ECE592343474991CF4E15C05E0B0F~ATpl~Ecommon~Scontent.html>

(2) „Beschluss-Vorlage“ Ingrid Remmers
http://dielinke-nrw.de/fileadmin/kundendaten/www.dielinke-nrw.de/dokumentenarchiv/Antrag_Remmers_Orientierung_in_NRW.pdf

(3) „Diskussionsbeitrag für den Landesvorstand“ Wolfgang Zimmermann, 16.01.08
http://dielinke-nrw.de/fileadmin/kundendaten/www.dielinke-nrw.de/dokumentenarchiv/Antrag_Zimmermann_Orientierung_NRW.pdf

(4) „Zur Diskussion um ein Dringlichkeits- und Aktionsprogramm“ Ulrike Detjen, 25.02.2008
http://dielinke-nrw.de/fileadmin/kundendaten/www.dielinke-nrw.de/dokumentenarchiv/Diskussion_um_ein_Dringlichkeits_und_Aktionsprogramm.pdf

(5) „Kapitalismus abwählen?“ Jürgen Aust, 07.04.2008
http://dielinke-nrw.de/fileadmin/kundendaten/www.dielinke-nrw.de/dokumentenarchiv/Kapitalismus_abwaehlen.pdf

(6) „Eine starke Linke für eine andere, bessere Politik“ Leitantrag des Parteivorstandes, 12.04.2008
http://die-linke.de/partei/organe/parteitage/1_parteitag/leitantrag/eine_starke_linke_fuer_eine_andere_bessere_politik/

(7) Homepage DIE LINKE Hessen
<http://www.die-linke-hessen.de/cms2/index.php?menuid=128&reporeid=437&PHPSESSID=e0f725eb5311e6750dfdbfed89890563>

(8) „Über Risiken und Nebenwirkungen parlamentarischen Erfolgs“ Daniel Kreutz, 30.11.07
http://www.scharf-links.de/57.0.html?&tx_ttnews%5Bpointer%5D=3&tx_ttnews%5Btt_news%5D=131&tx_ttnews%5BbackPid%5D=48&cHash=362132f84d

(9) "Den Kapitalismus abwählen?" Eine Entgegnung von Bernhard Sander
http://dielinke-nrw.de/fileadmin/kundendaten/www.dielinke-nrw.de/dokumentenarchiv/Erwiderung_Aust.pdf